



Aachen, den 24. März 2023

PRESSEMITTEILUNG

Entschlossen und geschlossen für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Aachen eintreten

CDU fordert „Mehr Transparenz und Beteiligung bei der A544-Brückenerneuerung“

Die A544 ist eine Hauptschlagader unserer regionalen Wirtschaft. Die von der Autobahn GmbH vorgestellten Planungen für die Brückenerneuerung würden – wie es die Handwerkskammer Aachen formuliert – zu einem „Verkehrsinfarkt“ führen.

Unserer Region droht ein geschätzter Schaden von mehr als 500 Millionen Euro und eine CO₂-Mehrbelastung von mehr als 50.000 Tonnen.

Nach einer repräsentativen Untersuchung der Handwerkskammer sehen über 51% der befragten Unternehmen eine starke Beeinträchtigung durch die geplante Vollsperrung und viele Betriebe haben bereits angekündigt, aus wirtschaftlichen Gründen während der Bauphase keine weiteren Aufträge zu übernehmen. Ohne ein starkes Handwerk werden wir unsere Klimaziele nicht erreichen können.

Schon heute klagen die Einzelhändler und Gastronomen über eine verringerte Erreichbarkeit der Innenstadt. Die Sperrung wird dieses Problem enorm vergrößern. Es droht also auch ein langfristiger Schaden für die Vitalität der Aachener Innenstadt.

Es droht eine massive Abwanderung von Unternehmen und Fachkräften, die wir so dringend brauchen. Die Gewerbesteureinnahmen werden einbrechen und ein Loch in den kommunalen Haushalt reißen.

Der Wissenschaftsstandort Aachen ist mit seinen vielen Start-ups und Ausgründungen ebenfalls gefährdet. Wer einmal die Region verlassen hat, wird wahrscheinlich nicht mehr zurückkehren.

Aber nicht nur das Gewerbe, sondern auch zahlreiche Anwohner werden von einer massiven Erhöhung des Verkehrsaufkommens vor ihren Haustüren betroffen sein. Durch den drohenden Verkehrskollaps wäre die Arbeit der Rettungsdienste sowie der Feuerwehren massiv beeinträchtigt, was folgenschwere Konsequenzen mit sich bringen würde. Angesichts dieser

Situation muss die Stadt Aachen aktiv werden und mit allen Beteiligten den Prozess transparent gestalten. Die Städte Würselen und Alsdorf machen sich bereits für eine Prüfung alternativer Lösungen stark.

„Mit Expertise aus Wissenschaft und Wirtschaft wurde ein Alternativkonzept ausgearbeitet und vorgestellt“, so Annika Fohn MdL, stellvertretende Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion. „Die Stadt Aachen muss hier als Oberzentrum der Region entschieden voran gehen und sich bei Bundesverkehrsminister Volker Wissing für die ernsthafte Prüfung dieses Expertenvorschlags einsetzen.“

Die Oberbürgermeisterin warnte im November noch vor „Panikmache“. „Panik entsteht aber dann, wenn nicht genügend Transparenz hergestellt wird, man nicht ins Handeln kommt oder dieses Handeln nicht wahrgenommen wird“, so Iris Lürken, Fraktionsvorsitzende. „Die betroffenen Unternehmen wie auch die gesamte Öffentlichkeit haben das Recht zu erfahren, was die Aachener Stadtverwaltung mit der Autobahn GmbH bespricht. Eine Veröffentlichung aller Unterlagen und Gutachten hilft diese Sorgen abzubauen und gleichzeitig Unterstützung durch unabhängige Experten zu erhalten“, fordert Lürken.

„Den Folgen der Sperrung können wir nur durch eine enge Zusammenarbeit der Kommunen in unserer Region entgegentreten. Dazu zählt auch ein nach Außen sichtbarer Schulterchluss“, ist Daniel Hecker, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und zugleich Bürgermeister des besonders betroffenen Bezirks Haaren, überzeugt. „Innerhalb der Stadt Aachen müssen wir alle Optionen in Betracht ziehen. Die Aachener Mobilitätspolitik hat die Aufgabe, den Verkehrsfluss bestmöglich zu gewährleisten“, stellt Hecker fest, der als Ratsherr im Mobilitätsausschuss der Stadt sitzt. „Wir werden entschlossen und geschlossen für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Aachen eintreten“, betonen die drei Mitglieder der CDU-Ratsfraktion.